



Die Sanierung der Eltzstraße in Trier-Pfalzel ist in vollem Gang. In der Diskussion über die Beiträge der Anlieger tut sich etwas.

FOTO: MARCUS HORMES

Anliegerbeiträge: Zahlen nun doch alle Pfalzeler für die Eltzstraße?

Nach dem heftigen Protest gegen die hohe Belastung für 48 Anwohner bringt die Verwaltung wiederkehrende Beiträge ins Spiel. Auch andere Stadtteile hoffen auf eine Neuregelung.

VON RAINER NEUBERT

TRIER Die Erneuerung der Eltzstraße in Trier-Pfalzel kostet 2,5 Millionen Euro. Einen Anteil von 950 000 Euro sollen die 48 Anlieger der Straße bezahlen, je nach Grundstücksgröße und Geschosszahl. Der heftige Protest gegen die vier- und fünfstelligen Beträge könnte nun doch noch erfolgreich sein. „Es wäre nach dem zeitigen Stand der Dinge möglich, einen klar abgrenzbaren Bezirk, der eine gewisse Größe nicht überschreitet, auf wiederkehrende Beiträge umzustellen“, sagt Baudezernent Andreas Ludwig auf Anfrage des Trierischen Volksfreunds. „Möglich wäre das auch für den Stadtteil Pfalzel und für das laufende Projekt Eltzstraße.“

Was das bedeuten würde, zeigt eine vereinfachte Rechnung. Bei einer Gesamtsumme von einer Million Euro müssten 50 Anlieger bei einer Einmalzahlung im Durchschnitt 20 000 Euro zahlen. Bei wiederkehrenden Beiträgen mit 2000 Grundstückseigentümern läge der Betrag bei 500 Euro. Der von der Stadt beauftragte Gutachter wird die Vor- und Nachteile beider Berechnungsweisen am 7. November, 18.30 Uhr, in Pfalzel erläutern (siehe Info).

Sanierung Eltzstraße



KARTE: ©STADT TRIER/TV-GRAFIK: TMVG

Dabei wird es auch darum gehen, unter welchen Voraussetzungen wiederkehrende Beiträge in anderen Stadtteilen angewendet werden können, in denen es ebenfalls Proteste wegen aktueller oder geplanter Straßenbauprojekte gibt. Größe und Abgrenzbarkeit sind die wesentlichen Faktoren. Baudezernent Ludwig: „Darüber entscheiden, welche Abrechnung bevorzugt wird, muss letztlich der Trierer Stadtrat, der dazu eine entsprechende Satzung aufstellen muss.“

Auch wenn noch nichts beschlossen ist, atmen die Anwohner der Eltzstraße auf. „Für uns ist das eine riesige Erleichterung“, freut sich Familienvater David Hortian. Rund 12 000 Euro soll er bislang zahlen. „Bei wiederkehrenden Beiträgen wären das erheblich weniger. Aber natürlich ist auch eine solche solidarische Lösung nicht das Optimal.“ Dem stimmt auch Jörg Päßler zu, Sprecher der Bürgerinitiative „Gegen Anliegerbeiträge für Straßenausbau“. Betroffene aus ganz Trier und dem Ruwertal haben sich darin zusammengefunden.

„Für die Betroffenen in Pfalzel ist die absehbare Umstellung eine schöne Sache“, sagt Päßler. „Es gibt aber auch in anderen Stadtteilen Probleme.“ So stelle sich zum Beispiel die Frage, warum Anwohner von Anliegerstraßen mit einem Anteil von 70 Prozent für den wegen durchfahrender Linienbusse deutlich teureren Ausbau bezahlen müssen.

Rückenwind für ihren Protest bekommt die Bürgerinitiative aktu-

ell vom Bund der Steuerzahler, der in seinem Schwarzbuch 100 Fälle von Steuerverschwendung moniert, darunter auch das Projekt Eltzstraße Trier-Pfalzel. Dort komme es aufgrund der jahrelangen Verzögerungen zu einer Verdopplung der Baukosten, die auch von den Anwohnern getragen werden müssten.

Der Steuerzahlerbund wettet gegen die aktuelle Regelung im Land: „Rheinland-Pfalz gehört zu den wenigen Bundesländern, die ihre Kommunen zum Erheben von Straßenausbaubeiträgen zwingen. Allerdings sind diese Beiträge nicht nur ungerecht gegenüber Anliegern und oft unwirtschaftlich in der Erhebung, sondern schaffen auch fatale Fehlreize bei den Kommunen.“ Da die regulären Instandhaltungskosten nicht auf die Anlieger abwälzt werden könnten, müsse eine Gemeindestraße erst derart verlottern, dass ein Ausbau oder eine Erneuerung notwendig werde.

MEINUNG

Das dicke Ende kommt bei der Landtagswahl

Es gibt also doch nicht nur in Mariahof die Möglichkeit, Anliegerkosten für den Ausbau einer Straße auf alle Grundstückseigentümer im Stadtteil umzulegen. Nach dem massiven Protest aus Pfalzel, Euren, Feyen-Weismark, Trier-Nord und Zewen wegen der enormen Belastung der unmittelbaren Anwohner hat die Stadtverwaltung ihre Linie noch einmal überprüft. Es ist nicht zu erwarten, dass der Ortsbeirat Pfalzel und danach der Stadtrat einer Umstellung auf wiederkehrende Beiträge ablehnen.

Zwar wird auch das ein Murren auslösen. Denn dann müssen viel mehr Menschen zahlen, die bislang nicht zur Kasse gebeten worden sind. Der im Vergleich zum derzeitigen Berechnungsmodell jeweils wesentlich niedrigere Beitrag wird aber vermutlich zu eher stillem Protest führen. Mariahof und Pfalzel werden Vorbild sein für weitere Stadtteile.

Doch das grundsätzliche Dilem-

INFO

Das weitere Prozedere in Ortsbeirat und Stadtrat

Bei der öffentlichen Ortsbeirats-sitzung in Pfalzel am Donnerstag, 7. November, 18.30 Uhr, im Amtshaus (Residenzstraße) steht ein Vortrag von Gerd Thielmann (Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz) zum Thema wiederkehrende Straßenausbaubeiträge im Mittelpunkt. Auch Experten aus dem Baudezernat werden teilnehmen. Dabei soll auch die Möglichkeit für ein neues Berechnungsmodell vorgestellt werden. Über einen Antrag, die Beiträge umzustellen, entscheidet der Ortsbeirat voraussichtlich am 13. November. Das abschließende Votum des Stadtrats Trier kann frühestens in der Sitzung vom 17. Dezember folgen.

INFO

AfD will Anliegerbeiträge im Stadtrat diskutieren

Die AfD-Fraktion wird in der Stadtratssitzung am 12. November eine Neufestsetzung des Anliegeranteils bei der Berechnung der Straßenausbaubeiträge für die Eltzstraße beantragen. Das hat Vorsitzender Michael Frisch am Montag angekündigt. Eine Beteiligung der Anlieger mit 50 Prozent der Ausbaukosten entspreche nicht den rechtlichen und sachlichen Gegebenheiten, denn die Straße diene überwiegend als Durchgangs- und Haupteinfahrtsstraße. Auch der Busverkehr sei laut einem neuen Urteil des Verwaltungsgerichts Koblenz als Durchgangsverkehr zu werten. Frisch: „Wir werden in der kommenden Ratssitzung beantragen, den Anwohneranteil auf 30 Prozent zu reduzieren.“

ma bleibt: Rheinland-Pfalz ist eines der wenigen Bundesländer, die Kommunen dazu verpflichten, ihre Bürger für Straßenerneuerungen zur Kasse zu bitten. Begründet wird das mit kostenfreien Leistungen in anderen Bereichen und begrenzten finanziellen Ressourcen. Um dieses Thema abzuräumen, wird das nicht genügen. Spätestens vor der Landtagswahl in zwei Jahren werden die Ausbaubeiträge ein wichtiges Wahlkampfthema sein. Es könnte der Regierungskoalition schmerzhaft auf die Füße fallen.

r.neubert@volksfreund.de

Rainer Neubert

